



Medienmitteilung

Bad Bergzabern, 28. September 2018

Präsidiumssitzung der Oberrheinkonferenz

Europa macht das Zusammenleben leichter

Zahlreiche Grenzüberschreitende Projekte auf gutem Weg

„Ich freue mich, dass wir hinsichtlich einer deutsch-französischen Vereinbarung über grenzüberschreitende Einsätze in der Katastrophenhilfe auf einem guten Weg sind“, so Werner Schreiner, Beauftragter von Ministerpräsidentin Malu Dreyer für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und derzeitiger Präsident der deutsch-französisch-schweizerischen Oberrheinkonferenz. Schreiner, der die Sitzung des Präsidiums in Bad Bergzabern leitete, machte deutlich, dass man es in den Grenzräumen Europas nicht zulassen könne, dass Hindernisse beim Hilfeleisten bestehen. „Eine Landesgrenze dürfe nicht dazu führen, dass Rettungskräfte im Ernstfall überlegen müssen, ob sie es riskieren können, jenseits der Grenze zu helfen“, so Werner Schreiner. Unter Einbezug der nationalen Akteure in allen drei Ländern werden aktuell Lösungen für eine juristische Absicherung grenzüberschreitender Einsätze unterhalb der Katastrophenschwelle erarbeitet.

Das Präsidium der Oberrheinkonferenz begrüßte die erreichten Vereinbarungen und Fortschritte im Bereich der Verkehrspolitik am Oberrhein und wies erneut auf die große Bedeutung einer abgestimmten Politik für den öffentlichen Personenverkehr in der Oberrheinregion und deren hohen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft hin. „Ohne einen funktionierenden grenzüberschreitenden Regionalverkehr lässt sich auch der europäische Binnenmarkt nicht verwirklichen. Dass wir darüber hinaus auch die baden-württembergischen und saarländischen Nachbarn in das Projekt einbinden können, stärkt das gemeinsame grenzüberschreitende Agieren“, sagte Werner Schreiner. Freudig wurde zur Kenntnis genommen, dass der Appell an die staatlichen und kommunalen Stellen, Bahnprojekte mit grenzüberschreitender Bedeutung am Oberrhein nachhaltig zu unterstützen, erfolgreich war und inzwischen zahlreiche Initiativen begonnen, unterstützt und auch in den Interessenfokus der EU gebracht wurden. So hat beispielsweise die EU-Kommission mitgeteilt, dass neben der Strecke Strasbourg-Wörth auch der Streckenabschnitt Lauterbourg-Wörth in das Konzept „Missing Links“ aufgenommen werden könne, was positive Auswirkungen für das Verkehrskonzept am Oberrhein hat, da dadurch die Knoten Strasbourg und Karlsruhe/Wörth miteinander verbunden werden. Gleiches gilt für die Wiederinbetriebnahme der Linie Hagenau-Rastatt, die auch Teil des Berichts „Missing Links“ ist.

Der Bundestagsausschuss Verkehr hat die ablehnende Haltung des Bundesverkehrsministers für eine Machbarkeitsstudie für die Strecke Colmar-Freiburg revidiert und einen Zuschuss von 250.000 € bewilligt. In einem gemeinsamen Lenkungsausschuss, dessen Vorsitz die

Präfektur Grand Est innehat, ist ein Konsens über die Ausschreibungsbedingungen für diese Machbarkeitsstudie erzielt worden. Der Ausbau und die Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Basel und Erzingen werden aktuell in einem deutsch-schweizerischen Vorprojekt mit Förderung durch Europäischen Mittel vorangetrieben. Noch in diesem Jahr wird der schweizerische Bundesrat seine Vorlage zum Ausbauschnitt der Bahninfrastruktur 2030/35 an das Parlament überweisen. Darin wird voraussichtlich auch ein Finanzierungsanteil des schweizerischen Bundes für das Projekt enthalten sein. Hinsichtlich der Verbesserung der Bahnanbindung Straßburgs an den Flughafen Frankfurt will das Land Baden-Württemberg den Vorschlag des Expertenausschusses „Grenzüberschreitender Personenverkehr“, die Fahrpläne so zu gestalten, dass jeweils zweistündlich der direkte Anschluss an die ICE-Verbindung Offenburg-Frankfurt Flughafen bzw. in Gegenrichtung mit attraktiven Umsteigezeiten hergestellt wird, prüfen.

Das Präsidium der Oberrheinkonferenz befasste sich auch mit einer grenzüberschreitenden Analyse zur Gesundheitsversorgung in den Grenzstreifen des PAMINA-Raums. Der PAMINA-Raum umfasst das Gebiet Südpfalz, Mittlerer Oberrhein und Nordelsass. „Diese Studie zeigt beispielhaft, welche Chancen in der grenzüberschreitenden Kooperation liegen, um Angebote und Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern“, so Werner Schreiner. So seien laut der Studie zum Beispiel im niedergelassenen Bereich vor allem die niedrige Ärztedichte und die Alterung der Ärzte und die damit verbundene Anfälligkeit des Versorgungsangebots problematisch. Die Studie zeige hier Möglichkeiten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auf, die zu einer Optimierung der Situation beitragen könnten, wie beispielsweise eine Förderung der grenzüberschreitenden Patientenmobilität. Auch im Pflegebereich und im Bereich der Geburtshilfe stelle die Studie große Chancen in der grenzüberschreitenden Kooperation heraus, wie das Präsidium feststellte.

Die „Strategie 2030 der Trinationalen Metropolregion Oberrhein“ und die Vorbereitung des EU-Förderprogramms Interreg VI A „Oberrhein“ waren ebenfalls Thema bei der Präsidiumssitzung. Die Europäische Kommission sei aktuell dabei, Positionspapiere für die einzelnen Grenzräume zu erarbeiten, die weitreichende Auswirkungen auf die Spielräume bei der Ausgestaltung der künftigen Interreg-Programme nach 2020 haben, so Werner Schreiner. „Ich halte es für sehr wichtig, dass wir uns intensiv mit der neuen Strategie für den Oberrhein beschäftigen. Denn abgesehen von der konkreten Richtung, die wir für die nächsten zehn Jahre vereinbaren, und für deren Umsetzung der Orientierungsrahmen der Raumordnung ein wichtiges Instrument darstellt, werden wir auch einen Einfluss auf Interreg VI A haben, und damit den wichtigsten Fördertopf für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mitgestalten. Dafür müssen wir in Brüssel mit einer Stimme sprechen. Deshalb ist diese Strategie so wichtig“, sagte Werner Schreiner.

Erfreut zeigt sich die Oberrheinkonferenz darüber, dass die EU-Kommission die Grenzregionen derzeit verstärkt in den Blick nimmt und den Abbau von Grenzhemmnissen voranbringen möchte. Sie hat hierzu einen konkreten Vorschlag unterbreitet für einen Mechanismus, der helfen soll, rechtliche Hindernisse im Zusammenhang mit Unterschieden in den Verwaltungskulturen und den nationalen Rechtsrahmen zu überwinden, was bisher nicht möglich war. „Auch wenn hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung noch viele Fragen offen sind, ist es für unseren trinationalen Kooperationsraum sehr wichtig, dass wir ergänzend zu den uns bisher zur Verfügung stehenden Instrumentarien ein weiteres an die Hand bekommen, um grenzüberschreitende Projekte effizienter und zügiger als bisher realisieren zu können“, erklärte Werner Schreiner.

Weitere Auskünfte:

Gemeinsames Sekretariat der Oberrheinkonferenz, Tel: + 49 7851 93 49 0

Die Kooperation am Oberrhein – kurz erklärt



Keine andere europäische Region arbeitet grenzüberschreitend so eng und erfolgreich zusammen wie die Trinationale Metropolregion Oberrhein. Die Teilregionen Elsass, Baden, Südpfalz und Nordwestschweiz mit ihren 6 Mio. Einwohnern fügen sich zu einem gemeinsamen Kultur-, Lebens- und Wirtschaftsraum zusammen. Viele private und staatliche Initiativen fördern u.a. Mobilität, Bildung, Forschung und Umweltschutz in der Dreiländerregion.

Gestaltet und begleitet wird die Kooperation von der Oberrheinkonferenz und dem Oberrheinrat. Die Oberrheinkonferenz verbindet die Regierungs- und Verwaltungsbehörden. Sie initiiert eine Vielzahl von Projekten und forciert deren Umsetzung. Der Oberrheinrat bildet die Versammlung der politisch Gewählten; er nimmt zu wichtigen regionalen Fragen Stellung, auch gegenüber Brüssel, Paris, Berlin und Bern.